

Notwendigkeit und Grenzen des Sozialen

Das Beispiel Frauenarbeit und Frauenerwerbstätigkeit

Große Entwicklungslinien, die die letzten Dekaden geprägt haben (und in anderen Kapiteln dieses Buches genauer analysiert werden), sind u.a. die Transformation vom „Wohlfahrtsstaat“ zum „Wettbewerbsstaat“, für Österreich der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes vom „Austro-Keynesianismus“ zum „Austro-Neoliberalismus“, sowie die Veränderung des Geschlechterregimes vom „Versorgermodell“ zum „Vereinbarkeitsmodell“. Diese auch für die Thematik des vorliegenden Artikels einschneidenden Veränderungen bilden das Grundgerüst, vor dem im Folgenden am Beispiel der Arbeit und Erwerbstätigkeit von Frauen die Notwendigkeiten und Grenzen des Neoliberalismus analysiert werden.

Für das neoliberale Projekt ist die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte ein wesentliches Bestimmungsmoment. Die als zu starr gesehenen Regulierungen des Arbeitsmarktes galt es, laut neoliberalem Denken, aufzuweichen, was insgesamt auch erfolgreich bewerkstelligt wurde. Gleichzeitig ist die Phase von den 1970er-Jahren bis ins erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts davon gekennzeichnet, dass sich die Frauenerwerbstätigkeit stark erhöht hat. Vielleicht, so könnte gemutmaßt werden, hat ebendieses Zeitalter des Neoliberalismus zu einer Erhöhung der Geschlechtergleichheit beigetragen?¹ Führte die neoliberale Hegemonie mit ihrem Rekurrieren auf die Subjekte in der Wirtschaft tatsächlich zu einem Rückgang der Geschlechterungleichheiten am Arbeitsmarkt und erfüllte damit eine egalitäre, soziale Funktion? Oder konnte an der Arbeits- und Lebenssituation von Frauen angesetzt werden, um die neoliberale Zielvorstellung der umfassenden Flexibilisierung vormals strikt regulierter Arbeitsmärkte leichter durchzusetzen?

Wir werden in der Folge keine der beiden Optionen hinreichend begründet finden. Fest steht aber jedenfalls, dass das fordistische Geschlechterre-

1 Wobei hier die Frage noch nicht aufgeworfen werden muss, ob dies auch intendiert war. Von VertreterInnen des Neoliberalismus würde es selbstredend eindeutig beantwortet werden, ist doch erklärtes letztendliches Ziel des Neoliberalismus die Freiheit der Individuen.

gime des „Versorgermodells“ entscheidend untergraben wurde: Zunächst reicht der durchschnittliche Lohn eines Arbeitnehmers zumeist nicht mehr, um eine ganze Familie zu versorgen. Diese Gegebenheit wird jedoch auch von gesellschaftlichen Umbrüchen wie der Veränderung der Familienzusammensetzung begleitet. Auch haben Frauen ihr Ausbildungs- und Qualifikationsniveau gegenüber Männern angeglichen, Frauendiskriminierung wird verstärkt abgelehnt und Frauen geben sich immer seltener mit der ihnen zugeschriebenen Rolle im „Versorgermodell“ zufrieden. Die verstärkte Erwerbsorientierung der Frauen (auch unter Müttern) ist nicht nur Ausdruck ökonomischer Notwendigkeit. Insbesondere in der Lebensplanung der jüngeren Frauengeneration ist bemerkbar, dass diese sowohl Beruf als auch Familie einschließt (Kreimer 2000: 3; Kohlmorgen 2004: 280ff.; Gottschall 1995: 134; Cyba 1998: 37; Angelo et al. 2006: 35). Trotz dieser geänderten Realitäten ist das System sozialer Sicherheit noch nicht ausreichend angepasst worden. Teilzeitarbeit ist beispielsweise ein wesentliches Element der Modernisierung der Versorgung im Zuge des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft (Pfau-Effinger 1993: 617). Trotzdem basiert das Sozialsystem immer noch auf der „Fiktion einer männlichen ‚Normalbiographie‘, charakterisiert durch frei verfügbare Arbeitskraft und Kontinuität von Erwerbsarbeit“ (Michalitsch 2006: 133). Dauer der Erwerbstätigkeit und Höhe des Einkommens werden honoriert, Unterbrechungen der Lebensarbeitszeit und/oder kürzere Arbeitszeiten, wie sie weibliche Erwerbsbiografien zumeist aufweisen, führen zu großen Nachteilen in der sozialen Absicherung (Kreimer 2000: 5; Michalitsch 2006: 133).

Die politische und ökonomische Position von Frauen in den letzten Jahrzehnten ist gleichermaßen von Stillstand wie von Bewegung gekennzeichnet. Die Frauenerwerbsbeteiligung hat seit dem Zweiten Weltkrieg sowohl in europäischen Ländern als auch in den USA kontinuierlich zugenommen, im weiblichen Bildungsniveau zeigte sich eine bemerkenswerte Verbesserung, und es wurden spezielle Ausbildungs- und Qualifizierungsprogramme sowie Frauenförderpläne gestartet. Auch sind verschiedene rechtliche Diskriminierungen von Frauen aufgehoben worden, wie z. B. Ende der 1970er-Jahre die unterschiedlichen Kollektivvertragslöhne für Männer und Frauen in Österreich. Politische Organisationen führten Quoten zur Erhöhung des Frauenanteils ein und es entwickelte sich ein gewisses Bewusstsein darüber, dass die Sprache, die wir verwenden, männlich determiniert ist. Wenn auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahrzehnten anhaltend gestiegen ist (d. h. Frauen bilden nicht mehr die „Reservearmee“ an Arbeitskräften,

die nur in Hochkonjunktur- bzw. Kriegszeiten zu Erwerbsarbeit zugelassen wird), so erfährt nichtsdestotrotz ein Großteil der Frauen strukturelle Benachteiligungen am Arbeitsmarkt. Als Beispiele hierzu seien genannt: Frauen verdienen um rund ein Drittel weniger als Männer (diese Lohnunterschiede sind in der Längsschnittanalyse erstaunlich persistent), der Arbeitsmarkt ist hoch segregiert (insofern, als sich Frauenbeschäftigung auf spezifische Branchen und Jobs vorwiegend im Niedriglohnbereich konzentriert), in führenden Positionen ist der Frauenanteil sehr gering und hat sich in den letzten Jahrzehnten nur wenig erhöht. Diese Punkte werden sowohl in der Fachliteratur als auch in den Medien häufig diskutiert, sodass weiter unten noch detailliert darauf eingegangen wird.

Die traditionellen „Solidarkulturen“ der fordistischen Ära waren traditionell auch in dem Sinn, als sie nicht in Richtung Gendergleichheit agiert haben, sondern vielmehr überkommene, dem Systemerhalt zuträgliche und den Familien- wie Arbeitsstrukturen förderliche Ungleichbehandlungen als naturgegeben und unhinterfragbar postuliert haben. „Im fordistischen Regulationsmodus wurden die sozialen Rechte auf einem Sockel der berufsbezogenen Solidarität errichtet“, stellt Michel Aglietta (2000: 78) fest. Dies impliziert aber auch, dass Frauen von diesem Solidarsystem weniger – oder nur indirekt, d. h. über ihre berufstätigen Männer – profitierten, da sie in geringerem Ausmaß erwerbstätig waren. Noch heute ist das an den geringen Pensionszahlungen für Frauen und am verstärkten Armutrisiko bei Frauen zu sehen.

Das bürgerliche Ideal der Frau als Hausfrau und Mutter (das bereits in seiner Hochblüte im 19. Jahrhundert mehr Imagination als empirisch haltbarer Tatbestand war, da für viele Frauen Erwerbsarbeit zur Existenzsicherung für sie und ihre Familie/Kinder notwendig war) wurde auch im fordistischen Zeitalter wieder verstärkt bemüht und ist erst im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts im Zuge der Emanzipation der Frauen zunehmend zurückgedrängt worden. Frauen streben immer häufiger eine eigene ökonomische Existenz an, ohne dass sich die traditionelle Arbeitsteilung, die ihnen die Hauptverantwortung für Haus- und Familienarbeit zuschreibt, verändern würde. Somit führen Frauen zentral wichtige Tätigkeiten für das Funktionieren der Ökonomie aus, wovon viele allerdings nicht marktvermittelt und daher nicht monetär bewertet und geringer wertgeschätzt werden. Im Folgenden wird demnach auch zwischen Frauenarbeit und Frauenerwerbstätigkeit unterschieden.

Wenn auf makroökonomischer Ebene von Arbeit gesprochen wird, so ist in der überwiegenden Anzahl der Fälle von Erwerbsarbeit die Rede. Dabei